

Nebräer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köpelen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köpelen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpelen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 30 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 59

Sonnabend, den 17. Mai 1930

43. Jahrgang

Protest Curtius' in Genf.

Der Völkerverbundrat entscheidet gegen das Deutschtum.
Genf, 16. Mai.
Die beiden obersteinsten Minderheitsbefürworter sind in der Sitzung des Völkerverbundrates, nachdem die Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Abordnung noch bis zum letzten Augenblicke andauernd, in der allerletzten Stunde auf die nächste Ratssitzung im September verschoben worden, ohne daß eine Entscheidung gefallen ist.

Zu der Beschwärzung der deutschen Kassenärzte in Oberösterreich machte der japanische Berichterstatter den Vorschlag, in Hinblick auf die noch ungelösten Rechtsfragen zunächst ein Gutachten eines Juristenkongresses einzuholen. Es handelt sich in erster Linie um den von der polnischen Regierung bestrittenen öffentlich-rechtlichen Charakter der Knappheitsverbände, obwohl Herr Präsident Calonder ausdrücklich diesen Charakter der Verbände anerkannt hat.

Reichsaußenminister Curtius

nach hierzu eine Erklärung ab. Nach seinem persönlichen Urteil wäre diese Angelegenheit zu einer Entscheidung reif. Er bedauere außerordentlich, daß sich der Rat nicht in der Lage sehe, eine Entscheidung zu fällen.
Er bedauere dies um so mehr, da die polnische Regierung sich geweigert habe, die Vorschläge des Präsidenten Calonder anzunehmen und die deutschen Kassenärzte wieder in ihre Stellung einzufügen.

Er brauche sich aber dem Verantwortungsbewußtsein des japanischen Berichterstatters und nehme die Vertagung der Beschwärzung auf den September an. Die zweite obersteinsten Beschwärzung Dänemark wurde jedoch gleichfalls auf September vertagt, da die polnische Regierung verlangt hatte, daß ihr noch die Möglichkeit gegeben würde, weiteres Material vorzulegen.

Nach hierzu gab Curtius eine Erklärung ab. Er erwarte nicht dringend, daß die polnische Regierung in nächster kurzer Zeit dem Rat eingehendes und vollständiges Material hierüber vorlege.

Grundzüge des Minderheitenpolitiks.

Curtius beendete seinen grundsätzlich die Minderheitenpolitik und die Stellung des Völkerverbundrates in der Minderheitenfrage. Aus den Bemerkungen der polnischen Regierung habe er erkennen können, daß es sich oft um ein vertrauliches Material handele, das der Generalsekretär des Völkerverbundes dem Völkerverbundrat nicht vorzulegen darf.

Es entliche hierbei die grundsätzliche Frage, wieviel eine Verpflichtung des Generalsekretärs bestehe, den Mitgliedern des Völkerverbundes vertrauliches Material vorzulegen. Diese Frage werde für die Zukunft eine große Bedeutung haben. Unter diesen Umständen sehe er sich verpflichtet, darauf zu dringen, daß das gesamte Material, vor allem auch das vertrauliche Material, nimmbar vollständig dem Ratmitgliedern übermitteln wird.

In der folgenden Besprechungsung wurde die Völkerverbundratssetzung geschlossen, der Termin der nächsten Sitzung auf 5. September festgesetzt.

Erste Begegnung Curtius — Grandi.

Bei einem Treffen, das der italienische Inleingeneralsekretär des Völkerverbundes, Marquis Bonacci, gab, begegneten sich zum erstenmal Dr. Curtius und Grandi, die sich bis dahin nicht kannten. Die Unterredung soll einen durchaus freundschaftlichen Charakter getragen haben.

Man weist italienischerseits darauf hin, daß bei dem bevorstehenden Wechsel in der Besetzung der deutschen Botschaft in Rom in der üblichen Weise eine allgemeine Aussprache und Prüfung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und der zwischen Italien und Deutschland stehenden Fragen stattfinden.

„Im Geiste Stresemanns.“

Beziehungen zur Zusammenarbeit

Genf, 15. Mai.
Zu der Unterredung, die der deutsche Außenminister Dr. Curtius mit Briand hatte, wird von französischer Seite gemeldet:

Dr. Curtius hat Briand hinsichtlich der deutschen Außenpolitik in ihren Beziehungen zu Frankreich die gleichen Versicherungen gegeben wie Stresemann (nämlich Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit). Im Verlauf dieser ersten, einhändigen Unterredung, während der sämtliche deutsch-französischen Probleme angeschnitten wurden — die Situation der Saarfrage, Verträge und Verlauf der Rheinabdrängung — hat in der Tat, wie man sagen kann, der Geist Stresemanns geschwebt.

Natürlich fehlte die Zeit, um den Dingen auf den Grund zu gehen, und wenn beispielsweise auch von der Saarfrage die Rede gewesen ist, so nur, um anzudeuten, daß es notwendig ist, die Sachkommissionen in Paris ihre Arbeiten fortsetzen zu lassen.

Man ist der Überzeugung, daß die Unterredung Briand-Curtius auf die Saarerhandlungen sehr gute Wirkungen haben könnte, und daß die mit der Rheinabdrängung zusammenhängenden wesentlichen Probleme reibungslos gelöst werden würden.

Ergebnis der Besprechungen in der Saarfrage.

Am Mittelpunkt der Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Briand hat die Saarfrage gestanden. Hierbei ist übereinstimmend zum Ausdruck gekommen, daß beide Regierungen die Verhandlungen für die Saarfrage so weiterführen wollen, daß der Völkerverbundrat bereits im September mit einer endgültigen Regelung befaßt werden kann.

Die endgültige Regelung der Saarfrage bedarf der formalen Zustimmung des Völkerverbundes. In der Aussprache der beiden Minister ist zum Ausdruck gekommen, daß der französische Vorschlag im Saargebiet selbstverständlich gleichzeitig mit der Rheinabdrängung endgültig verbindlich sein muß.

Auf deutscher Seite wird ausdrücklich betont, daß es sich hierbei keineswegs um eine Forderung, sondern um eine Selbstverständlichkeit handele, da die endgültige Räumung des Rheinlandes auch zu einer Zurückziehung des Wahlschusses zu führen habe.

Ernstes Finanzlage der Reichspost.

Aus der Tagung des Verwaltungsrats.

Berlin, 15. Mai.
Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat zu einer Tagung zusammen, an der Reichspostminister Dr. Siegel über die Finanzlage der Reichspost sprach.

Er stellte ein laienmännliches Nachlass der Postverkehrs fest. Vor allem sei der Paket- und Telegrammverkehr weiter um 2 v. H. zurückgegangen. Die Finanzlage sei ernst. Der Monat März habe eine Mindereinnahme von 10 Millionen gebracht. Das Jahr 1929 werde mit einem Einnahmenschwund von 20 Millionen abschließen, der allerdings durch Ersparnisse und Hilfe ausgeglichen werde.

Unbedingt erforderlich sei eine Entlastung der Postfiscaldar. Er hoffe, daß sich die Sachunterlage bessern werde, da es sonst sehr fraglich sei, ob die monatlichen Teilschulungen an das Reich noch durchgeführt werden können.

Riefenziffern der Sozialbelastung.

Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 15. Mai.
Im Verlauf der Aussprache erklärte Reichsarbeitsminister Dr. Siegel, daß die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die die Einführung der neuen Beiträge zum Ziel habe, der Vorstand der Reichsanstalt habe die Möglichkeit, zunächst von sich aus Vorschläge für die Sanierung zu machen. Schon jetzt könne gesagt werden, daß eine Beitragserhöhung mehr als ein Viertel v. H. betragen werde.

Auch die Finanzierung der Krankenfürsorge werde in diesem Zusammenhang erörtert werden müssen, da auch hier die Zahl der Unterziffern erheblich zugenommen habe. Der Minister betonte dann, daß er es für notwendig halte, die Atmosphäre, die durch die dauernden unbegründeten Angriffe auf die Sozialversicherung gerichtet worden sei, wieder zu entspannen. Er habe in Dortmund durchaus nicht von 12 Millionen Sozialrentner gesprochen, sondern nur von 12 Millionen Altersrentnern, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Sozialrentner seien nicht die Hälfte davon. Die Frage der Arbeitslosenversicherung werde in der nächsten Zeit härter in den öffentlichen Erörterungen hervortreten.

Die kleine Justizreform.

Sie findet beim Reichstag wenig Gegenliebe.

Berlin, 16. Mai.
Der Rath des Reichspräsidenten (Hr.), der seinen 60. Geburtstag feiert, ist mit einem großen Rosenkranz geschmückt. Präsident Eicke eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und teilt mit, daß die Abg. Langen (Dem.) und Hermann-Thüring (Soz.) ihre Mandate niedergelegt haben. Für den Abg. Langen ist Frau Dr. Kiep in den Reichstag eingetreten.

Am Tode von Fritz Hofmann hat der Präsident der norwegischen Regierung das Beileid des Reichstags ausgesprochen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfs zur Veränderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Vorberichten über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sowie über die Rechtsanwaltsgebühren in Armenländern. Der Gesetzentwurf erstrebt im Wege einiger organisatorischer Maßnahmen eine Senkung der staatlichen Aufwendungen für die Rechtspflege.

Der Gesetzentwurf, der auch die kleine Justizreform genannt wird, findet bei den Parteien wenig Anklang.

Reichsjustizminister Dr. Bredt

stellt fest, daß die letzte Fassung der Vorlage den Wünschen des Reichsrats entspricht, und die Regierung habe davon abgesehen, eine Doppelvorlage zu machen. Die Herabsetzung der Gebühren für die Armenanwälte sei durch Beschluß des Reichsrats in die Vorlage gekommen.

Allgemeine Feindseligkeit gegen den Anwaltsstand habe er, auch dabei nicht vorgeerklärt.

In allen Ländern hätten die Ausgaben für Armenanwälte seit der letzten Erhöhung der Gebühren nahezu verdoppelt. Der Minister bittet, auf jeden Fall den Entwurf einer Ausschussberatung zu unterziehen.

Wirth gegen Friedl.

Ein neuer Brief des Reichsinnenministers

Berlin, 15. Mai.
Reichsinnenminister Dr. Wirth hat an die Weimarer Regierung ein Schreiben gerichtet, mit dessen Inhalt sich die thüringische Regierung in der nächsten Sitzung bereits beschäftigen dürfte.

In dem Schreiben ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Anweisung polnischer Gebiete in der Saule, die Minister Friedl angenommen hätte und die Wirth der thüringischen Regierung, internationalistischen als Polizeidirektoren anzustellen, in Berlin keine Gegenliebe finde.

Die Befahungsbehörde verweigert . . .

Das Schicksal der Zeppelin- und Flugzeughülle in Trier.

Trier, 16. Mai.
Großes Aufsehen erregte es, als kürzlich die französische Befahungsbehörde in Trier die Zeppelinhülle in Trier und eine daneben liegende Flugzeughülle zur Versteigerung ausgeschrieben. Nach den Bestimmungen des Berliner Vertrages müssen bedeutend Anlagen, die nur militärischen Zwecken gedient haben, nach Abzug der Befahrung zerstört werden, falls sie nicht zu privatwirtschaftlichen Zwecken verwendet werden können. Man war nun allgemein der Ansicht, daß nach Abzug der Befahrung die Trierer Luftschiff- und Flugzeughülle wieder Deutschland zurufe mit der Maßgabe, sie jeder militärischen Verwendung zu entziehen.

Größte Ueberraschung löste es daher aus, als dem entgegen noch kurz vor ihrem Abzug die Befahrung die Versteigerung der Hülle ansetzte, jedenfalls, um noch vor der möglichen Zerstörung der hollenen finanziellen Erlös zu erzielen. Die verurteilten, letzten wegen dieser Angelegenheit Verhandlungen zwischen Deutschland und der Reichshauptkommission in Genve sein. Trotzdem schickte die Befahungsbehörde am Donnerstag zu der augenblicklichen Versteigerung.

Die Zeppelinhülle ging zu einem Preise von 15 000 Franken (2500 Mark) in die Hände einer Aktienfirma aus München (Graf) über. Die ebenfalls ausgebotene Flugzeughülle erwarb ein Kaufmann aus Metz nach einem ersten Gebot von 2000 Franken schließlich für 7800 Franken. Anwesenden waren besonders stark aus Luxemburg und aus Elsch-Beitungen erschienen.

Deutsche Kaufleute befehligen sich nicht an der Versteigerung.

Das gesamte Material nach den Versteigerungsbestimmungen bis zum 15. Juni abgehoben sein, so daß nach diesem Zeitpunkt keine Anprüche mehr an die französische Armeeoffize zu stellen sind.

Kredite für Rentengüter.

Hauptauschuss des Preussischen Landtages.

Berlin, 15. Mai.
Der Hauptauschuss des Preussischen Landtages stimmte einem Gesetzentwurf zu, wonach Kautschukrenten bei Rentengütergrundbesitzern Zwangsrente in Höhe von 24 Millionen Rm. sowie 2 Millionen Rm. zur Förderung von Anstaltsgeldern zur Verfügung gestellt werden sollen. Ein Antrag der deutschen Fraktion, die Beträge auf 40 Millionen Rm. zu erhöhen, wurde abgelehnt, nachdem zuvor ein Regierungsvorsteher erklärt hatte, daß der Finanzminister seinerseits bereits beschlossene über die Vorlage hinaus weitere 14 Millionen für die genannten Zwecke freizumachen, so daß auch ohne den Antrag der deutschen Fraktion 40 Millionen Rm. erreicht würden.

Wienburg vor dem Preussischen Landtag.

Handelsminister Schreyber über die Katastrophe.

Berlin, 16. Mai.
Im Hauptauschuss des Preussischen Landtages berichtete Handelsminister Dr. Schreyber über die Katastrophe im Kalberweg Wienburg. Er führte u. a. aus: Von dem Gelingen der Betriebsmaßnahmen hänge es ab, welche Teile der Grube noch vor dem Erlaufen benutzbar werden könnten.

Von den im Kalberweg beschäftigten rund 450 Arbeitern ist keiner zu Schaden gekommen. Hundert Mann sind nach dem Kalberweg Bergwerke der Preussag über das Wasser. Eine kleinere Anzahl hat den tarinmäßigen Urlaub angetreten. Da Wienburg handelt es sich um eines der besten Werke des deutschen Kalberweges mit sehr hochwertigen Salzen. Besonders stark wird von dem Verlauf die Preussag betroffen, die den Gesamtmarkt des Wertes auf 25 bis 30 Millionen Mark befreit. Es wird daher der Versuch nicht aufgegeben, wenigstens einen Teil des Wertes später wieder aufzuräumen.

„Der Puhli europäischer Intriguen.“

Amerika und der Flossenpatt

Washington, 15. Mai.
Im Auswärtigen Ausschuss des amerikanischen Senats sprach Staatssekretär Stimson über die Londoner Konferenz. Am Anknüpfen daran entwickelte sich lebhaftes Kreuzfeuer von Fragen. Staatssekretär Stimson legte dar, daß auf dem Gebiete der Minenschiffe, Zerstörer und Tauch-

der als Angehörige dieser Beamten und Parteigebildungsmitglieder ihrer Einkommen aus ihrer Tätigkeit angerechnet werde.

Erziehungsbefähigen für Kriegswaisen. Die Gewährung der Befähigung zum Zwecke der Berufsausbildung von Kriegswaisen bleibt überwiegend in den Fällen verlag, wo es sich um den Verkauf hauswirtschaftlichen Inventars bei Wädern handelt. Wie aus der Mitteilung des Deutschen Kriegsbeschädigten- und Kriegshilfsvereins ersichtlich ist, hat auf dem Erziehungsausschuss der Reichswehrverwaltung die auf dem Erziehungsausschuss angeordnet, daß bei der Erziehung und Ausbildung von Kriegswaisen bei Wädern jede Ausbildung zu fördern ist, die sie für den Beruf der Hausfrau und Mutter (nicht) macht. Beim Verkauf hauswirtschaftlichen Inventars (Küchen, Platten, Nähen, Stricken, Zuschneidern) können daher Erziehungsbefähigte auch dann gewährt werden, wenn der Unterricht nicht der Berufsausbildung dem Sinne der geltenden Besoldungsvorschriften dient. Soweit staatliche Vorschriften bestehen, nach denen hauswirtschaftliche Schulen unter bestimmten Voraussetzungen die staatliche Anerkennung verlieren und, muß Wert darauf gelegt werden, daß der Unterricht in einer solchen Schule befristet wird. Die Fürsorgestellen, bei denen Anträge zu stellen sind, werden im übrigen im Besonderen mit den Berufsberatungen der Arbeitsämter prüfen, ob ein vorliegender Unterricht nach Art und Dauer bei einer guten hauswirtschaftlichen Ausbildung zu bestanden Aufzeichnungen entspricht.

Patentdelikt. Motorfabrikant. Der Geschäftsführer Gustav von der Walle auf Montag auf seinem Motorrad nach Querfurt fahren. In der Nähe der Ortschaft von Schönan kam ihm ein Leipzig-er Auto entgegen. Beide Fahrer wichen vorschriftsmäßig aus und kamen glücklich aneinander vorbei. Weil aber an der dortigen Stelle der Weg etwas holperig und vom Regen sehr schlammig war, schlug das Motorrad um und der Fahrer kam darunter zu liegen. Der Herr im Auto hatte zum Glück den Sturz gesehen, eilte zu Hilfe und fuhr den Verunglückten in seinem Wagen nach Hause. Hier stellte der Arzt einen starken Bluterguss in einem Knie fest, bei dem Patienten einige Wochen an das Bett gefesselt wird. Das Motorrad des Verunglückten, das unbeschädigt ist, wurde von einem baherischen Kavalier übergeben.

Buttfeld. Bubentänze befehlen in Buttfeld das neu errichtete Generalkommando für die im Weistritz-Gebiet mit tot Farbe. Man ist den Zeiten herauf auf der Szene.

Freysburg. (Ein Kind im Dorfsteig ertrank.) Ein benachbarter Hühnerhof fiel das vierjährige Schindeln eines Schindlers, das mit einem zweijährigen Mädchen spielte, in den Dorfsteig, ohne daß der Vorfall von irgend jemand bemerkt wurde. Erst nach geraumer Zeit kam das kleine Mädchen nach Hause und erzählte von dem Unfall. Die sofort eingeleitete Untersuchung kam leider zu spät.

Nürnberg. [Das Nürnberger Kirchspiel im Nürnberg.] Auf Grund der Verhandlungen des Städtischen Verbandsamtes mit der Stadt Nürnberg wird das diesjährige Kirchspiel in Nürnberg als „Jahresberichterstattung“ in das Nürnbergprogramm aufgenommen werden.

München. (Neue Industrie im Gieseler?) Wie verlautet, soll das frühere Werk „Karlshafen“ bei Gieseler, das seinerzeit im Kriege erloschen ist, nun zum Zweck, Mähiel aus den Braunkohlen für den Antrieb der Dieselmotoren in den Lieferbetrieben zu gewinnen, vorwiegend für einen neuen Schmelzwerkzeug umgebaut werden. Das Werk, das damals seinen Zweck nicht ganz erfüllen konnte, es wurde erweitert, aber noch während des Krieges ging der Krieg zu Ende und damit war eine Realisierung des Werkes nicht gewährleistet. Die tiefsten Schmelzwerke, die nie genutzt haben, und die angeschafften Maschinen saugen nur vom Holzen des früheren Mannamts. Nachdem schon einige Gebäude zu Wohnzwecken umgebaut worden sind, soll nun das Werk zu neuem Leben erweckt werden, und zwar soll eine Glasfabrikation dort entstehen, die für Rohmaterial aus dem aus den Gruben geförderten Sand bestehen soll.

Halle. Chemänner ziehendes das Asyl vor. Die Stadivorderordneten haben beschlossen, die Bestimmung aufzugeben, die den Chemännern den Aufenthalt im Obdachlosenasyl während der Nacht untersagte. Diese Bestimmung ist jedoch der Magistrat nicht beigetreten. Die Familienverhältnisse müssen um 10 Uhr abends das Asyl verlassen. Unter Berufung auf den Beschluß der Stadivorderordneten lehnten am Dienstagabend eine 22 Chemänner es ab, das Asyl zu verlassen. Die Polizei mußte einschreiten.

Berlin. Der anhaltende Siedlerverband in Berlin. Der Siedlerverband, der sich in schwerer finanzieller Bedrängnis befindet, hat zur Abwendung des Konkurses eine staatliche Hilfe in Form eines Nachschusses auf die ihm gewährten Hauszinssteuermittel nachgefordert und in einer Eingabe an den Landtag gebeten, den Hauszinssteuerzuschuß zu erhöhen, zur Ermöglichung des Verkaufs der Häuser der Siedlung an den Verbrüder Magistraat und über sonstige zur Durchführung der Sanierung des Verbandes erforderliche Maßnahmen Beschlüsse zu fassen. Der Status des Verbandes am 31. März weist eine Interimsumme von 95 741 RM auf. Durch das Verleihen von Häusern wird diese Interimsumme monatlich um 10 000 RM erhöht.

Nordhausen. Von einem fallenden Träger erschlagen. Bei dem Umbau eines Ladengeschäftes in der Zöpferstraße sollte ein etwa 15 Zentner schwerer eiserner Träger in die Tiefe eingelassen werden. Man hatte dazu ein kleines Gerüst errichtet, verzichtete jedoch auf die Verwendung modernster Hebenzeuge oder Flaschenzüge. Als acht Arbeiter beim Emporziehen der Träger beschäftigt waren, stürzte dieser plötzlich herab und fiel dem Maurer Fritz Ehlers aus Großpörschen auf den Rücken. Von den übrigen Arbeitern wurden weitere fünf verletzt, davon zwei schwer. Die Verletzten konnten bereits wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden. Die Staatsanwaltschaft nahm sofort eine Beschlagnahme der Unfallstätte vor.

Weimar. Hauptversammlung des Thüringer Verkehrsverbandes. Der Thüringer Verkehrsverband hält am 28. Mai in Weimar unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Schöberl-Götha seine Hauptversammlung ab. Nach dem geschäftlichen Teil wird der Bericht von der Reichsbahnverwaltung für den deutschen Personenverkehr über „Gute und schlechte Bildpropaganda“ (sprechen und einen Verweis erteilen). Am Nachmittag soll auf Einladung der Stadt Weimar eine Autofahrt nach Schloß Belvedere stattfinden, der eine Besichtigung des Ehrenpflanzengartens bei Bad Berka folgt.

Eisenach. Erholung für die Mütter. Der Thüringer Frauenverein erstrebt die allmähliche Abholung von Mütterfreizeiten in allen Kreisorten Thüringens. Für den Herbst planen die Gemeinden Oberweißbach, Zeitz, Bad Frankenhausen, Hildburghausen und Weutenberg Mütterfreizeiten. Auch die Müttererholung, die einerseits die Befreiung von Freizeitarbeiten für zwei bis drei Wochen, andererseits die Meldung von erholungsbedürftigen Müttern an den Volksdienst macht, soll nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden.

Gräfenthal. Steuer für Wohnungsflucht. In einer Dringlichkeitsitzung des Stadtrats wurde ein Ortsgesetz „Wohnungsfluchtsteuer“ angenommen. Es müßte jährlich für einen Feuerlöscher 20 RM, für einen Feuerlöscher 20 RM, für drei 75 RM, für vier 150 RM und für fünf Räume 300 RM gezahlt werden.

Themar. Geisteskranker ausgebrochen. Aus der Landesheil- und Pflegeanstalt war ein Geisteskranker entwichen und auf seiner Flucht bei Themar gelangt. Hier wurde er von einem Polizeimann gefasst. Der Flüchtling, ein ausgeglichener Mann, wurde mit sich und wurde dem Polizeistation einen fünfjährigen Strafbuß. Erst mit Hilfe einiger Männer konnte der Wüsten gebändigt und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert und in die Anstalt zurückgebracht werden.

Benningstedt. Der Tod in der Sauggrube. Der zweijährige Knabe Willi Ostlie war von seiner Mutter für einen kurzen Augenblick unbeaufsichtigt in der Nähe der Sauggrube auf dem Hof zurückgelassen worden. Als die Frau zurückkehrte, bemerkte sie, daß ihr Kind in die Sauggrube hineingefallen war. Alle Wiederbelebungsversuche nach der Bergung des Kleinen blieben erfolglos.

Halberstadt. 60 Todesopfer der Diphtherie. Die Erkrankungen an Diphtherie wüthen hier immer noch nicht abnehmend. Seit Beginn des Jahres sind an den Folgen der absonderlichen Krankheit schon 60 Kinder gestorben. Die letzte Woche brachte mit vier Todesfällen die höchste Todesziffer der ganzen Woche des vergangenen Jahres. Von der Stadt aus geschieht alles, um eine wirksame Bekämpfung der Krankheit durchzuführen.

Hilversheim. Sonderbarer Selbstmörder. Der Fleischermeister im benachbarten Dersheim hatte nach dem Tode seiner Frau keine Lust zum Leben. Er ertrank sich im Tode gerne mit seiner Frau vereinigt sein wollte, wartete er nun fast ein ganzes Jahr, bis er seine Pläne verwirklichen konnte. Tag für Tag verfolgte er in der Gemeinde auf dem Friedhof die Reihenfolge der Grabstellen, um die Stelle neben seiner Frau nicht zu verpassen. Beim vorletzten Todesfall der vergangenen Woche hatte sich der alte Mann gegen die Arbeiter einen Sarg bestellt und sich dann erhängt, so daß sein letzter Wunsch in Leben nun im Tode durchgeführt werden kann. Er wird auf dem Friedhof neben seiner vor einem Jahr verstorbenen Frau beerdigt werden.

Sonneberg. Gräßlicher Verbrennungstod. Die Wöhringer Frau des seit zwei Jahren arbeitslosen Monteurs Kühn, die in ihrer Wohnung am Bromberg auf ungewöhnliche Weise am Rückenherd in Brand geraten war, ist nach fast zweitägigen furchtbaren Qualen nachts im Krankenhaus gestorben. Infolge ihrer Verletzungen der Haut waren durch die Verbrennung gestorben.

Amman. Aus Eifersucht vor ein Auto gezogen. Auf der Straße von Amman nach dem neuen Roda warf sich nachts ein junger Mann vor ein Auto. Trotz seiner Verletzungen wurde er nicht getötet, aber schwer verletzt und schwer verletzt unter dem Auto hervorgezogen. Der Grund zur Tat soll in Eifersucht zu suchen sein.

Aus Nach und Fern.

Chemnitz. Ein schwerer Unfallfall ereignete sich am Dienstag nachmittag auf dem Bahnhof Chemnitz. Auf bisher ungewöhnliche Weise löste sich eine etwa 300 Zentner schwere Wanne, die zwei Arbeiter unter sich trug. Beide konnten nur als Leichen geborgen werden. Einer der Verunglückten hinterließ fünf unversehrte Kinder.

Dresden. Blutige politische Zusammenkunft. Am benachbarten heidenau überfielen etwa 150 Kommunisten eine Gruppe Nationalsozialisten, die sich zu einer Verammlung begeben wollten. 25 Personen wurden verletzt, 18 davon mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden. Rechtsanwalt Dr. Manthey aus Dresden, der die nationalsozialistische Verammlung (sprechen) sollte, wurde niedergeschlagen und erlitt einen Schädelbruch. Andere Nationalsozialisten wurden durch Hieb- und Stichwaffen schwer verletzt. Die ledig Mann starke Ortspolizei stand dem Überfall machtlos gegenüber. Als eine Polizeibereitschaft aus Dresden eintraf, waren die Angreifer verstreut.

Kiel. Der die Überführungsfahrt des größten Schiffschleppers der Welt. Am Kieler Hafen ist der von der Kieler Maschinenbaugesellschaft für Frankreich auf Reparationskonto erbaute Kieler-Schleppschiff Nr. 2 im Jahr zweier Hochseeschlepper eingetroffen, um die Überführungsfahrt durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach London anzutreten. Der Elevator besitzt eine Höhe von etwa 100 Metern, die von 26 Metern und dürfte der größte Elevator der Welt sein.

Schwerin. Schwerer Motorradunfall. Vor dem Tor der Artilleriekaserne in Schwerin ereignete sich ein schwerer Motorradunfall. Ein Gelehrter und ein Unteroffizier fielen von einer Probefahrt zurück. In dem Augenblick, als die Fahrer in das Haupttor zur Kaserne einbiegen wollten, überfiel sich das Motorrad infolge zu raschen Bremsens. Der Gelehrte stürzte nur auf der Stelle, der Unteroffizier Hildebrand erlitt schwere Kopf- und innere Verletzungen und liegt hoffnungslos darnieder.

Hamburg. Oesterreichische Gäste. Von Lübeck kommend, traf eine aus 40 Personen bestehende österreichische Reisegeellschaft in Hamburg ein. Die Gäste, Teilnehmende einer von den „Neuen Freien Preß“ in Wien veranstalteten deutschen Städtefahrt, werden die Hauptaufmerksamkeit Hamburgs beschäftigen und anschließend mit dem Dampfer „Cobra“ eine Fahrt nach Helgoland unternehmen. Am Sonntag vormittag treten sie die Weiterreise an, die nach Köln, Mainz, Frankfurt a. M., Nürnberg und Augsburg über der Tauber führt. Während ihres hiesigen Aufenthaltes wird die Reisegeellschaft dem Jagd-Weißbier im Bertheerspavillon am Jungfernstieg beehren.

München. Leberichsungen in Südbayern. In Südbayern haben die fortwährenden Regenfälle zahlreiche Überschwemmungen und eine bedrohliche Hochwasserlage an verschiedenen Orten hervorgerufen. Am Münchener Stadtgebiet hat die Klar bereits die Hochwasserlage erreicht. Von dem Nordende des Zinnerseees wird die große Hochwasserlage gemeldet. In Stöndorf sind die Hochwasserlagen bereits in die Häuser eingedrungen. Von den Zäunen ragen nur noch die Spigen aus dem Wasser. Zahlreiche Schuppen wurden von der Gewalt des Wassers weggerissen. Seit 20 Jahren hat die Bevölkerung dieser Gegend eine derartige Überflutung nicht mehr erlebt. Auch im bayerischen Alläu haben sich die Gebrätsflüsse durch den

fortwährenden Regen in reißende Ströme verwandelt und teilweise die Weiden und Felder überflutet.

Karlsruhe. Giftmordprozess Werner. Der dritte Verhandlungstag im Giftmordprozess gegen den Berliner Kriminalkommissar Werner brachte seine neuen Momente, doch aus den verschiedenen Zeugnisaussagen eine weitere Befestigung der beiden Angeklagten Werner und Frau Werthe herauszufinden. Aus den Zeugnisaussagen war von besonderem Interesse die Vernehmung des Hausarztes der Familie Werner, des Dr. Zuffall, der über den schnellen Verlauf der Krankheit der Frau Werner überliefert war und dem es aufgefallen ist, daß sowohl der Angeklagte Werner als auch seine idiotische Frau eine Überführung in das Krankenhaus ablehnten. Eine Sektion der Leiche der Frau Werner hielt der Hausarzt nicht für unbedingt notwendig, obwohl er den Verdacht hatte, daß Frau Werner etwa Selbstmord begangen haben könnte. Auf eine diesbezügliche Anfrage unterließ der Angeklagte Werner den Arzt in diesem Glauben.

Waldbrill. Das Schwärzwasser in Schwärzwald. Das Schwärzwasser im Elstal ist allgemein zurückgegangen. Der Eisenbahnverkehr ist nicht unterbrochen. Er kann auch wegen Dammrutschgefahr nicht aufgenommen werden. Der Verkehr auf den Straßen ist nur teilweise möglich. An verfallenden Stellen sind die Straßen durch Wasser noch unpassierbar. Neben großen Flurflüssen ist auch ein sehr beträchtlicher Gebirgsflüssen zu verzeichnen, besonders an den Sägewerken, die in der Nähe des Wassers liegen.

Blutige Zusammenkünfte auf Haiti. In Port au Prince (Haiti) kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und im Steuerfrei lebenden Bauern. Es gab zwei Tote und sechs Verwundete.

Maria Orsa veranlagt. Die Schauspielerin Maria Orsa wurde in Wien in ihrer Wohnung bemittelt aufgefunden. Der Arzt stellte eine Vergiftung durch Bernal fest. Frau Orsa war am 13. Mai aus dem Sanatorium in ihre Wohnung gebracht worden. Jetzt bemerkte man, daß sie in tiefem Schlaf lag. Nach einigen Stunden danach war sie aus dem Schlaf nicht erwacht. Da man für ihre Gesundheit fürchtete, wurde der Arzt geholt. Er fand sie lebend und mit kleinem Puls tief bemittelt vor. Er wurde festgestellt, daß ein Arzt zehn Bernaltabletten zu je 1/2 Gr. verschrieben hatte. Frau Orsa hat offenbar alle zehn Tabletten einmal genommen. Ihr Zustand ist höchst bedenklich. Am Krankenhaus verfuhrte man, durch Eingipfungen von Kampher und Coffein ihre Lebensgefahr zu weiden, bisher blieben jedoch alle Bemühungen erfolglos.

Aus Verzeihung zur Mörderin geworden

Vor dem Schurmergericht in Halberstadt hatte sich wegen Kindesmordes die frühere Hausangestellte Martha Jiegen aus Alpendorf zu verantworten. Sie hatte ein Verhältnis mit einem jungen Mann aus Halberstadt. Als sie am 7. Februar Mutter wurde, hat sie aus Verzeihung und aus Furcht vor den Eltern, die von der Sache nichts wußten, das Kind getötet, indem sie ihm mit der Säge den Hals durchschnitten. Bei der Untersuchung wurde die Kindesleiche in einem verschlossenen Schrank gefunden. Das Mädchen gab während der Zeit zu. Das Urteil lautete auf die Mindeststrafe von zwei Jahren Gefängnis.

16 jähriges Dienstmädchen als Brandstifterin.

Dann (Hessl), 16. Mai. In der Ortschaft Bendorf brannten innerhalb drei Tagen zwei Wohnhäuser, drei Scheiter, der Schuppen und zwei Käse nicht Frucht mit Vieh. Die Mörderin wurde als Brandstifterin in einem von der Kriminalpolizei jetzt das 16jährige Dienstmädchen eines Brandgeschädigten überführt. Angeblich hat das Mädchen die Brände aus Luft am Feuer angezündet. Weiter soll dem Mädchen ihre Händel nicht befohlen haben. Am die Stelle verlassen zu können, habe ihr Bruder ihr geraten, die Bestattung ihres Bruders in Brand zu stecken. Der Bruder ist noch flüchtig und wird gesucht.

Wogende-Wetterbericht der Th. R.

Besteht von der Landesanstalt und der dänische fährten fließende Küstentide und der dänische fährten fließende Küstentide fällt das westliche Ostsee, während die II. Ost zum Entlassung des S. Freyburg fährt. Der Geogener für die die Weltanschauung ist bis jetzt noch nicht fest, ebenfalls ist von S. S. Westlichwind nach dem Entlassung mitgeteilt worden. Die Spieler der ersten Mannschaft werden daher morgen noch in Kenntnis gesetzt, wann von Vereinslokal abmarschieren. Die zweite Mannschaft, welche bereits um 11 Uhr in Freyburg angetreten hat, fährt mit dem Auto ab Vereinslokal 9^{1/2} Uhr und kommt nach dem Spiel zurück nach Westlichwind. Da nur eine Mannschaft morgen mit dem Auto fährt, können noch ein Teil Schlichtungsnummer untergebracht werden. Wir wollen hoffen, daß sich unsere Mannschaften tapfer schlagen. Folgende Spieler werden morgen die Farben der Th. R. vertreten: I. Mannschaft: Gremann II, Reinhold, Kuntze, Werner I, Süßner, Rednagel I, Gans I, Gebhardt, Werner I, Klinge, Körner. 2. Mannschaft: Pfeffer, Gahm I, Herzog, Gerber, Hof, Kuntze II, Zieme, Juchs, Weis, Zöllner, Gremann I. (Erst: Klemm, Klotz, Rauche.

Spiel und Sport.

Nieder Sportvereinigung von 1924. Wieder ist unter N. S. V. morgen auswärts. Die erste Mannschaft fährt zum Entlassung des S. S. Westlichwind, während die II. Ost zum Entlassung des S. Freyburg fährt. Der Geogener für die die Weltanschauung ist bis jetzt noch nicht fest, ebenfalls ist von S. S. Westlichwind nach dem Entlassung mitgeteilt worden. Die Spieler der ersten Mannschaft werden daher morgen noch in Kenntnis gesetzt, wann von Vereinslokal abmarschieren. Die zweite Mannschaft, welche bereits um 11 Uhr in Freyburg angetreten hat, fährt mit dem Auto ab Vereinslokal 9^{1/2} Uhr und kommt nach dem Spiel zurück nach Westlichwind. Da nur eine Mannschaft morgen mit dem Auto fährt, können noch ein Teil Schlichtungsnummer untergebracht werden. Wir wollen hoffen, daß sich unsere Mannschaften tapfer schlagen. Folgende Spieler werden morgen die Farben der Th. R. vertreten: I. Mannschaft: Gremann II, Reinhold, Kuntze, Werner I, Süßner, Rednagel I, Gans I, Gebhardt, Werner I, Klinge, Körner. 2. Mannschaft: Pfeffer, Gahm I, Herzog, Gerber, Hof, Kuntze II, Zieme, Juchs, Weis, Zöllner, Gremann I. (Erst: Klemm, Klotz, Rauche.

Kirchliche Nachrichten.

Cantate, Sonntag, den 18. Mai 1930.
10 Uhr vormittags: Hauptgottesdienst. Predigt über Psalm 98, Vers 1.
12 Uhr: Abendgottesdienst für die ältere Abteilung in der Kirche.
12 Uhr: Abendgottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindehaus.
12 Uhr: Abendgottesdienst in der Kirche für die Konfirmanden von 14-18 Jahren.
Mittwoch abends 8 Uhr: Musikstunde im Gemeindehaus. Freitag abends 8 Uhr: Jungfrauenverein in der Pfarr.

Kleine Chronik.

Das deutsche Kleinluftschiff „P. N. 29“ in Malmö gelandet. Das von dem Stockholmer Ausstellungsbesitzer deutsche Kleinluftschiff „P. N. 29“ (Bavaria) ist nach heftigen stürmischer Fahrt, aus Slop kommend, wohlbehalten in Malmö eingetroffen, was das Luftschiff am Vintermarkt festgelegt wurde. Das Luftschiff legt den Flug nach Stockholm fort, der auf zehn Stunden berechnet wird.

Moskau baut seinen Flughafen aus. Einer Meldung der sowjetischen Telegrammagentur zufolge ist beschlossen worden, etwa nach dem Muster des Berliner Zentralflyghafens aus dem Moskauer Flughafen entsprechend auszubauen. Es sollen neue Anlagen geschaffen werden, die den Bedürfnissen des Moskauer Flughafens als Knotenpunkt für den Luftverkehr sowohl nach dem Westen wie nach Osten gerecht werden. Der Plan sieht die Schaffung mehrerer Fluggesellschaftsgruppen, der Zoll- und Gepäckabfertigungsstelle, eines Flughafen-Restaurants usw. vor. Die Einrichtungen sollen mit allem Komfort versehen werden, um insbesondere den Bequemlichkeitsansprüchen der europäischen Fluggäste Rechnung zu tragen.

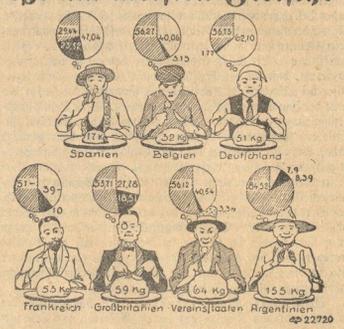
Der Ueberfall auf das Gefandten-Auto bei Zuzareff aufgeföhrt. Der Polizei ist es gelungen, die fünf Verbrechen, die vor einiger Zeit in der Nähe von Zuzareff den Ueberfall auf den Kraftwagen des Gefandten in Washington, D. O., verübten, zu verhaften. Sie sind gefandtig. Die gefandten Gegenstände konnten nur zum Teil wieder ausfindig gemacht werden.

Zunahme der Hochwassergefahr in der Schweiz. Die Hochwassergefahr in der Schweiz hat weiter zugenommen. An den Kulturen wurde bereits großer Schaden angerichtet. Im Gebiet des Luner Sees ist die Badenbergräbe und die Straße im Habernaltal infolge der Ueberschwemmungen des Wilden Bombades unterbrochen. Die Lage in Blumenfeld-Tal ist durch die Ueberschwemmung des Fallbaches und die starke Gelschneelast sehr bedrohlich. Auch aus dem Berner Oberland werden bei Grindelwald Bergstüttungen gemeldet, wo bei Lütschental die Bahnlinie unterbrochen ist, so daß der Verkehr durch Umsteigen aufrecht erhalten werden muß. Der Zürich-See ist in ganz kurzer Zeit um 90 Zentimeter gestiegen. Auch die Siehl im Kanton Zürich ist vielfach über die Ufer getreten. Der Oberrhein ist bei Waldshut auf 5.30 Meter ansteigend.

Die Ueberschwemmungen in Colombo. Bei den Ueberschwemmungen in Colombo und den benachbarten Dörfern sind elf Personen ertrunken. Die Fluten sind nunmehr stark zurückgegangen. Im Anschluß an die Ueberschwemmung ist eine Blatternseuche in ziemlich großem Umfang ausgebrochen.

Zwischenfälle bei einer kommunikativen Verammlung. In dem Barter Barrot (Chgo) fand eine kommunikativen Verammlung statt, in deren Verlauf es wiederholt zu Zwischenfällen kam, so daß die Polizei eingriff. Hierbei wurden vier Polizisten leicht verletzt. Fünf Personen, darunter ein kommunikativen Gemeinderat, wurden verhaftet.

Wer iszt am meisten Fleisch?



Bekanntmachung.

Abschrift.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbesteuertrag für 1930.

- Eine Steuererklärung ist abzugeben:
 - für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Gewerbesteuertrag im Kalenderjahr 1929 den Betrag von 6000,— Mfr. übersteigen hat;
 - ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbesteuertrages für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abschusses der Bücher zu ermitteln ist;
 - für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, für die von Vorstehenden des Gewerbesteueranschlusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.
 Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebes abzugeben.
- Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des für sie vorgeschriebenen Vordrucks:
 - Muster G. w. 1 (für Einzelgewerbetreibende, freie Berufe, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften, bei denen der Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Gewerbetriebes anzusehen ist, z. B. für Mediziner und Rechtsanwälte des bürgerlichen Rechts),
 - Muster G. w. 2 (für juristische Personen),
 - Muster G. w. 4 (als Anlage zum Muster G. w. 1 oder 2 für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen Gemeinden)
 in der Zeit vom 12. bis 31. Mai 1930 bei dem Vorstehenden des Gewerbesteueranschlusses, in dessen Bezirk sich die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Liegt der Ort der Leitung außerhalb Breußens, so ist der Wohnsitz des bestellten Vertreters, hilfsweise die preussische Betriebsstätte, maßgebend, in der die höchste Lohnsumme gezahlt ist.

Vordruck für die Steuererklärung können vom 12. Mai ab von dem unterzeichneten Vorstehenden des Gewerbesteueranschlusses bezogen werden. Auch werden Vordruck von diesem Tage ab von den Ortsbehörden abgegeben. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich dem Vorstehenden des zuständigen Gewerbesteueranschlusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht abhängig.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verläßt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV. Die Hinterziehung, oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergeetze (Steuergeldfärbung) wird bestraft.

Duerfurt, den 10. Mai 1930.
Der Vorstehende des Gewerbesteueranschlusses für den Veranlagungsbezirk Kreis Duerfurt (mit Ausnahme der Stadt Duerfurt).
J. B.: G. Dullien, Regierungs-Rat.

Wird veröffentlicht.
Nebra, den 14. Mai 1930.
Der Magistrat. J. B.: Metz.

Volksschule zu Nebra a. N.

Auf Grund des Ministerial-Erlasses über die am 22. Juni b. Js. vorzunehmende Wahl eines Elternrates für die hiesige Volksschule soll am **Dienstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr** im kleinen Saale des „Preussischen Hofes“ eine allgemeine **Elternversammlung** abgehalten werden.

- Tagesordnung:**
- Der Elternrat und seine Aufgaben.
 - Bekanntgabe der Wahlordnung.
 - Wahl eines Wahlvorstandes.
- Alle Wahlberechtigten, das sind sämtliche Eltern und Adoptiveltern der Schüler unserer Volksschule, werden hiermit zu dieser Versammlung eingeladen.
Nebra, den 17. Mai 1930.

Wird veröffentlicht.
Der Magistrat. Metz.

Stadt-Lichtspiele Preuss. Hof

Sonntag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr
Die Garde-Diva
Ein Film aus sorgloser Zeit.
Denn
Die Verlobung mit Hindernissen
Es ladet freundlichst ein **Vorgwardt.**

Reinsdorf

Sonntag, den 18. Mai 1930
von abends 7 Uhr ab
TANZKRÄNZCHEN
Hierzu ladet freundlichst ein **Willy Hartmann**

Drucksachen
aller Art in moderner Ausführung
Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben

Gasthaus Wendelstein
Am Sonntag, den 18. Mai, von nachm. 3 Uhr an:
Grosses Konzert
(Wiltürmusik)
ausgeführt v. **Stadtorchester Nebra**
Eintritt 50 Pfg.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein **H. Neumann.**

Miele
die erfolgreichste Zentrifuge

Gerader Antrieb Zentral-Ulung

Gegen Schmutz und Säuwasser geschütztes Getriebe

Mielewerke A.G. Ober 2000 Angestellte u. Arbeiter.
Größte Zentrifugenfabrik Deutschlands
Gütersloh/Westfalen
Zu haben in den einschlägigen Geschäften

Tüchtiger Vertreter für Autobetriebsstoffe, der zu den entsprechenden Kreisen gute Beziehungen hat, wird von gut eingeführter Firma gesucht. Angebote unter **S. N. 2006** an **Hudolf Wosse, Gera.**

Wanderkarten Reiseführer Fahrplanbücher Reiselektüre usw. vorrätig in der Buchhandl. **Walter Gharf, Nebra**

Das ist eine bessere Methode!

Einweichen der Wäsche mit Henko erspart Geld, Kraft und Zeit. Henko lockert den Schmutz in schonender Weise. Warum wollen Sie sich abmühen, wenn Henko ohne Ihr Zutun nachtsüber die Arbeit befragt? Weichen Sie mit Henko ein, Sie werden schneller fertig!

Auch zum Weichmachen des Wassers sowie zum Putzen und Scheuern leistet Henko vortreffliche Dienste.

Henko *Henkel's Wasch- und Bleich-Soda*
Seit über 50 Jahren im Haushaltsdienst bewährt!

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke: **Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?**

Nebroner Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postkassentonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Wellenmet 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 59 Sonnabend, den 17. Mai 1930 43. Jahrgang

Profess Curtius' in Genf.

Der Völkerverbundrat entscheidet gegen das Deutschtum.
Genf, 16. Mai.
Die beiden obersteilischen Ministerpräsidenten sind in der Sitzung des Völkerverbundesrates, nachdem die Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung noch bis zum letzten Augenblick andauerten, in der allerletzten Stunde auf die nächste Ansetzung im September verschoben worden, ohne daß eine Entscheidung gefallen ist.

Zu der Beschwärze der deutschen Kaiserin ist in Obersteilien machte der japanische Berichterstatter den Vorschlag, in Hinblick auf die noch ungelösten Rechtsfragen zunächst ein Gutachten eines Justizwissenschaftlers einzufordern. Es handelt sich in erster Linie um den von der polnischen Regierung bestrittenen öffentlich-rechtlichen Charakter der Rumpfschiffverträge, obwohl Präsident Colander ausdrücklich diesen Charakter der Verträge anerkannt hat.

Reichsaussenminister Curtius gab hierzu eine Erklärung ab. Nach seinem persönlichen Urteil wäre diese Angelegenheit zu einer Entscheidung reif. Er bedauere außerordentlich, daß sich der Rat nicht in der Lage sehe, eine Entscheidung zu fällen.

Er bedauere dies um so mehr, da die polnische Regierung sich geweigert habe, die Vorschläge des Präsidenten Colander anzunehmen und die deutschen Kaiserin-Verträge wieder in ihre Stellung einzufügen.
Er beuge sich aber dem Verantwortungsbewußtsein des japanischen Berichterstatters und nehme die Vertagung der Beschwärze auf den September an. Die zweite obersteilische Beschwärze Dohmann wurde jedoch gleichfalls auf September vertagt, da die polnische Regierung verlangt habe, daß ihr noch die Möglichkeit gegeben würde, weiteres Material vorzulegen.

Auch hierzu gab Curtius eine Erklärung ab. Er ermarke sich sehr darüber, daß die polnische Regierung in möglichst kurzer Zeit dem Rat eingehendes und vollständiges Material hüber vorlege.

Grundrissliches zur Minderheitenpolitik.

Curtius betonte jedoch grundrisslich die Minderheitenpolitik und die Stellung des Völkerverbundesrats in der Minderheitenfrage. Aus den Bemerkungen der polnischen Regierung habe er ersehen können, daß es sich oft um ein vertrauliches Material handele, das der Generalsekretär des Völkerverbundes dem Völkerverbundrat nicht vorgelegt hat. Es entspreche hierbei die grundsätzliche Frage, inwieweit eine Veröffentlichung des Generalsekretärs bestimme, den Mitgliedern des Völkerverbundes vertrauliches Material vorzulegen. Diese Frage werde für die Zukunft eine große Bedeutung haben. Unter diesen Umständen sehe er sich verpflichtet, darauf zu dringen, das gesamte Material, vor allem auch das vertrauliche Material, nunmehr vollständig den Ratsmitgliedern übermitteln zu lassen.

In der folgenden Besprechung wurde die Völkerverbundsatzung geschlossen, der Termin der nächsten Tagung auf 5. September festgesetzt.

Erste Begegnung Curtius — Grandi.

Bei einem Festessen, das der italienische Untergeneralsekretär des Völkerverbundes, Marcus Baolucci, gab, begegneten sich zum erstenmal Dr. Curtius und Grandi, die sich bis dahin nicht kannten. Die Unterredung soll einen durchaus freundschaftlichen Charakter getragen haben.
Man weiß italienischerseits darauf hin, daß bei dem bevorstehenden Wechsel in der Besetzung der deutschen Botschaft in Rom in der nächsten Weise eine allgemeine Aussprache und Klärung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und der zwischen Italien und Deutschland stehenden Fragen stattfinden.

„Im Geiste Stresemanns.“

Bereitschaft zur Zusammenarbeit
Genf, 15. Mai.
Zu der Unterredung, die der deutsche Außenminister Dr. Curtius mit Briand hatte, wird von französischer Seite gemeldet:
Dr. Curtius hat Briand hinsichtlich der deutschen Außenpolitik in ihren Beziehungen zu Frankreich die gleichen Versicherungen gegeben wie Stresemanns (nämlich Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit). Im Verlauf dieser ersten, einseitigen Unterredung, während der sämtliche deutsch-französischen Probleme angesprochen wurden — Äquidation der Saarfrage, Verfahren und Verlauf der Rheinlandräumung — hat in der Tat, wie man sagen kann, der Geist Stresemanns gelockert.

Natürlich fehlte die Zeit, um den Dingen auf den Grund zu gehen, und wenn beispielsweise auch von der Saarfrage die Rede gewesen ist, so war, um anzuerkennen, daß es notwendig ist, die Saarkommissionen in Paris ihre Arbeiten fortsetzen zu lassen.
Man ist der Überzeugung, daß die Unterredung Briand-Curtius auf die Saarverhandlungen sehr gute Wirkungen haben könnte, und daß die mit der Rheinlandräumung zusammenhängenden wichtigen Probleme reibungslos gelöst werden würden.

Ergebnis der Besprechungen in der Saarfrage.

Im Mittelpunkt der Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Briand hat die Saarfrage gestanden. Hierbei ist übereinstimmend zum Ausdruck gekommen, daß beide Regierungen die Verhandlungen für die Saarfrage so weiterführen wollen, daß der Völkerverbundrat bereits im September mit einer endgültigen Regelung befaßt werden kann.

Die endgültige Regelung der Saarfrage bedarf der formalen Zustimmung des Völkerverbundes. In der Aussprache der beiden Minister ist zum Ausdruck gekommen, daß der französische Botschafter im Saargebiet selbstverständlich gleichzeitig mit der Rheinlandräumung endgültig verschwinden muß.

Auf deutscher Seite wird ausdrücklich betont, daß es sich hierbei keineswegs um eine Forderung, sondern um eine Selbstverständlichkeit handele, da die endgültige Räumung des Rheinlandes auch zu einer Zurückziehung des Bahnpasses zu führen habe.

Ernstige Finanzlage der Reichspost.

Aus der Tagung des Verwaltungsrats.
Berlin, 15. Mai.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat zu einer Tagung zusammen, in der Reichspostminister Dr. Schädel über die Finanzlage der Reichspost sprach.
Er stellte ein katastrophales Nachlassen des Postverkehrs fest. Vor allem sei der Paket- und Telegrammverkehr weiter um 2 v. H. zurückgegangen. Die Finanzlage sei ernst. Der Monat März habe eine Mindereinnahme von 10 Millionen gebracht. Das Jahr 1929 werde mit einem Einnahmenschwund von 20 Millionen abgeschlossen, der allerdings durch Ersparnisse und Hilfe ausgeglichen werde.
Unbedingt erforderlich sei eine Entlastung der Postschuldener. Er hoffe, daß sich die Konjunktur bessern werde, da es sonst sehr fraglich sei, ob die monatlichen Leihzahlungen an das Reich noch durchgeführt werden könnten.

Riefenziffern der Sozialbelastung.

Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung.
Berlin, 15. Mai.

Im Verlauf der Aussprache erklärte Reichsarbeitsminister Dr. Siegel über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, daß die Entscheidung in den nächsten Wochen fallen werde. Der Vorstand der Reichsanstalt habe die Aufgabe, zunächst von sich aus Vorschläge für die Sanierung zu machen. Schon jetzt könne gesagt werden, daß eine Beitragserhöhung mehr als ein Viertel v. H. betragen werde.
Auch die Finanzierung der Rentenfürsorge werde in diesem Zusammenhang erörtert werden müssen, da auch hier die Zahl der Unterhaltigen erheblich zugenommen habe. Der Minister betonte dann, daß es für notwendig halte die Atmosphäre, die durch die dauernden unbegründeten Angriffe auf die Sozialversicherung erzeugt worden sei, wieder zu entspannen. Er habe in Dortmund durchaus nicht von 12 Millionen Sozialrentnern gesprochen, sondern nur von 12 Millionen Menschen, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden. Sozialrentner seien noch nicht die Hälfte davon. Die Frage der Arbeitszeiterhöhung werde in der nächsten Zeit stärker in den öffentlichen Erörterungen hervortreten.

Die kleine Justizreform.

Sie findet beim Reichstag wenig Gegenliebe.
Berlin, 16. Mai.

Der Nach des Vizepräsidenten Esser (Ztr.) der seinen 60. Geburtstag feiert, ist mit einem großen Rosenstrauß geschmückt. Präsident Lohse eröffnete die Sitzung um 3 Uhr und teilte mit, daß die Abg. Tangen (Dem.) und Hermann-Thüringens (Soz.) ihre Mandate niedergelegt haben. Für den Abg. Tangen ist Frau Dr. Kiep in den Reichstag eingetreten.
Zum Tode von Friljof Nanien hat der Präsident der norwegischen Regierung das Beileid des Reichstags ausgesprochen.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfs zur Veränderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Vorschriften über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sowie über die Rechtsanwaltsgebühren in Armenachen. Der Gesetzentwurf erstreckt im Wege einer organisatorischen Maßnahme eine Senkung der staatlichen Aufwendungen für die Rechtspflege.
Der Gesetzentwurf, der auch die kleine Justizreform genannt wird, findet bei den Parteien wenig Anhang.

Reichsjugendminister Dr. Bredt

stellt fest, daß die jetzige Fassung der Vorlage den Wünschen des Reichsrats entspreche, und die Regierung habe davon abgesehen, eine Doppelvorlage zu machen. Die Herabsetzung der Gebühren für die Armenanwälte sei durch Beschluß des Reichsrats in die Vorlage gekommen.
Legendine Fehlbillichkeit gegen den Anwaltschaftsverband
über habe nicht vorgebracht.
In allen Ländern hätten sich die Ausgaben für Armenanwälte seit der letzten Erhöhung der Gebühren nahezu verdoppelt. Der Minister bittet, auf jeden Fall den Entwurf einer Ausschussberatung zu unterziehen.

Wirth gegen Frick.

Ein neuer Brief des Reichsinnenministers
Berlin, 15. Mai.

Reichsinnenminister Dr. Wirth hat an die Weimarer Regierung ein Schreiben geschickt, mit dessen Inhalt sich die hiesige Regierung in der nächsten Sitzung bereits beschäftigen dürfte.

In dem Schreiben ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Anwendung politischer Gebele in der Schule, die Minister Frick angewandt hatte und die Wälsch der hiesigen Regierung, Anwaltsstellen als Polizeidirektoren anzustellen, in Berlin keine Gegenliebe finde.

Die Befahungsbehörde verweigert...

Das Schicksal der Zeppelin- und Flugzeughalle in Trier.
Trier, 16. Mai.

Großes Aufsehen erregte es, als kürzlich die französische Befahungsbehörde in Trier die Zeppelhalle in Trier und eine daneben stehende Flugzeughalle zur Versteigerung auslöschte. Nach den Bestimmungen des Berliner Vertrages müssen bestimmte Anlagen, die nur militärischen Zwecken gedient haben, nach Abzug der Befahrung zerstört werden, falls sie nicht zu privatrechtlichen Zwecken verwendet werden können. Man war nun allgemein der Ansicht, daß nach Abzug der Befahrung die Trierer Luftschiff- und Flugzeughalle wieder Deutschland zufalle mit der Maßgabe, sie jeder militärischen Verwendung zu entziehen.
Große Ueberraschung löste es daher aus, als dem entgegen noch kurz vor ihrem Abzug die Befahrung die Versteigerung der Halle ansetzte, jedenfalls, um nach der möglichen Zerlegung der Halle einen finanziellen Erlös zu erzielen. Wie verlautet, sollen neuer dieser Angelegenheit Verhandlungen zwischen Deutschland und der Botschaften in Genf sein. Trotzdem schickt die Befahungsbehörde am Donnerstag zu der angeführten Versteigerung.

Die Zeppelhalle ging zu einem Preise von 15 000 Franken (2500 Mark) in die Hände einer Aktienfirma aus Wiltshausen (Eifel) über. Die ebenfalls ausgebotene Flugzeughalle erwarb ein Kaufmann aus Metz nach einem ersten Gebot von 2000 Franken schließlich für 7800 Franken. Interessenten waren besonders stark aus Luxemburg, und aus Elsaß-Lothringen erschienen.
Deutsche Kaufleute beteiligten sich nicht an der Versteigerung.

Das gesamte Material muß nach den Versteigerungsbedingungen bis zum 15. Juni abgehoben sein, daß nach diesem Zeitpunkt keine Ansprüche mehr an die französische Armeeleitung zu stellen sind.

Kredite für Rentenküster.

Hauptauschuß des Preussischen Landtages.
Berlin, 15. Mai.

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtages stimmte einem Gesetzentwurf zu, wonach haushälterische bei Rentengutsgründungen Zwischenkredite in Höhe von 24 Millionen Reichsmark (12 Millionen Reichsmark) zur Verfügung von Anleihen zur Verfügung zu stellen sollen. Einmalig sind 40 Millionen Reichsmark zu entnehmen, wovon ein Drittel für die Finanzierung der Vorlage hinaus zu zweck freigegeben werden soll.
Der Hauptauschuß des Preussischen Landtages stimmte dem Entwurf zu, wonach haushälterische bei Rentengutsgründungen Zwischenkredite in Höhe von 24 Millionen Reichsmark (12 Millionen Reichsmark) zur Verfügung von Anleihen zur Verfügung zu stellen sollen. Einmalig sind 40 Millionen Reichsmark zu entnehmen, wovon ein Drittel für die Finanzierung der Vorlage hinaus zu zweck freigegeben werden soll.

en Landtag.

Katastrophe.
Berlin, 16. Mai.
Inhaltliches berichtete Katastrophe im Landtag aus: Von dem ab, welche Teile werden könnten.
In der 450. Sitzung des Preussischen Landtages wurde am 16. Mai ein Antrag über die Katastrophe im Landtag aus: Von dem ab, welche Teile werden könnten.
In der 450. Sitzung des Preussischen Landtages wurde am 16. Mai ein Antrag über die Katastrophe im Landtag aus: Von dem ab, welche Teile werden könnten.

„Der Pishi europäischer Intriguen.“

Amerika und der Flossenpakt
Washington, 15. Mai.

Am Staatsminister Ausschuss des amerikanischen Senats sprach Staatssekretär Stimson über die Londoner Konferenz. Im Anschluß daran entwidmete sich lebhaftes Kreuzfeuer von Fragen. Staatssekretär Stimson legte dar, daß auf dem Gebiete der Linienfahrts, Berichter und Tauch-

